

Jürgen Kerner
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Vorbereiten – gestalten – durchsetzen

Delegiertenversammlung IG Metall Würzburg
am 26. September 2012

Inhalt

	Seite
Aufgaben bei einer Konjunkturkrise	2
Europa für Arbeitnehmer gestalten	4
Arbeitsmarkt: Kampagne „Arbeit – fair und sicher“	7

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Aufgaben bei einer Konjunkturkrise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung. Sehr gerne bin ich zu Euch ins Herz von Unterfranken gekommen.

Vor einer guten Woche hat Berthold Huber im Interview mit der Süddeutschen Zeitung gesagt, es sei eine Lehre aus zurückliegenden Krisen, dass es in der Wirtschaft nicht immer nur aufwärts gehen könne.

Unser Erster Vorsitzender weist damit charmant auf etwas hin, was wir als Metaller schon immer wissen: In der Marktwirtschaft gibt es Krisen, es gibt Auf-, aber auch Abschwünge, es gibt Verwerfungen. Deshalb müssen wir immer vorbereitet sein! Auch heute!

Gerade weil wir – und damit meine ich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften – heute mit großen Unsicherheiten umgehen müssen. Welche Entscheidungen werden in der EU im Hinblick auf die Finanzierungsbedarfe Griechenlands getroffen? Welche Auswirkungen hat das auf andere wirtschaftlich angeschlagenen Euro-Länder? Was bedeutet es für Deutschland?

Die Reaktionen der Finanzmärkte auf eine wie auch immer geartete Entwicklung sind nahezu nicht vorhersehbar. Und eine transnational hochvernetzte Volkswirtschaft wie unsere, kann sich auf Dauer nicht von Krisen ihrer wichtigen Handelspartner abschotten. Das gilt im Übrigen auch für die in die Weltwirtschaft hoch integrierten Schwellenländer wie China. Sie sind von der schwachen Nachfrage aus Europa und den USA ebenfalls betroffen. Was sich wiederum auf die Exportchancen beispielsweise der deutschen Ausrüstungsindustrie niederschlägt.

Der Indikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung zur Rezessionswahrscheinlichkeit ist in der Zwei-

Monats-Prognose merklich angestiegen – von 17,5 Prozent auf 32,6 Prozent im September. Wir müssen uns also wappnen!

Wir brauchen ähnliche Instrumente wie 2008, um Entlassungen im Fall einer Rezession grundsätzlich zu vermeiden. Dafür werden wir offensiv alle Instrumente nutzen, von Arbeitszeitkonten über Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und Ergänzungstarifverträge gemäß Pforzheimer Abkommen bis zum Kurzarbeitergeld.

Beim Kurzarbeitergeld muss die Politik handeln: Sechs Monate Kurzarbeitergeld sind viel zu wenig. Sechs Monate reichen bei einem Abschwung nie und nimmer! Wenn hier nichts passiert, gefährdet die Politik die Innovationskraft der deutschen Industrie. Weil dann im Kern gesunde Unternehmen sich gezwungen sehen, ihre gut ausgebildeten Beschäftigten zu entlassen.

Wir sagen daher klar und deutlich: Kurzarbeitergeld muss wieder für 24 Monate gezahlt werden! Und Kurzarbeit muss künftig auch wieder für Leiharbeiter möglich sein.

Gleichzeitig müssen die Finanzierung der Unternehmen gestärkt und vor allem Konjunkturaneize gesetzt werden. Wir brauchen also etwas in der Art der Abwrackprämie. Wir brauchen wieder ein Programm mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro.

Aktuell bietet sich zum Beispiel die Verbesserung der Energieeffizienz in privaten Haushalten an. Darunter fallen unter anderem die Erneuerung von Heizungsanlagen, der Ersatz von nicht energieeffizienten Haushaltsgeräten oder die energetische Gebäudesanierung.

Kolleginnen und Kollegen,

wir werden weiterhin gebetsmühlenartig darauf hinweisen, dass die industrielle Wertschöpfung wesentliche Quelle des Wohlstands in

Deutschland ist. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der Industrie. Damit sich die Industrie in Deutschland auch weiterhin gut entwickelt, sind Investitionen in Infrastruktur, aber auch in Bildung und Wissenschaft notwendig. Hier ist in den letzten Jahren deutlich zu wenig getan worden.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, den Investitionsstau aufzulösen. Gerade in einer Krise wäre ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit Schwerpunkten in Nachhaltigkeit und Ökologie für die Industrie sinnvoll, um zusätzlich antizyklisch für Konjunkturanreize zu sorgen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland ebenso systemisch wie Banken für das Funktionieren der Finanz- und Kreditmärkte. Unsere industrielle Basis ist viel zu wichtig, um sie dem Markt zu überlassen!

II. Europa für Arbeitnehmer gestalten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Finanzmärkte ist das Stichwort, um einige Anmerkungen zu Europa zu machen.

Die heute so genannte Staatsschuldenkrise ist nichts anderes als eine Krise, die von den Akteuren in den Finanzmärkten ausgelöst worden ist. Und dafür soll nun die Arbeitnehmerschaft in Europa den Gürtel enger schnallen!

Dabei gibt es noch nicht einmal Entwarnung: Noch immer befindet sich die Realwirtschaft in der Geiselhaft unregulierter Finanzmärkte. Obwohl die damit verbundenen ökonomischen Risiken uns an den Rand einer Katastrophe geführt haben, lässt sich die notwendige Regulierung sehr langwierig und im „Grabenkampf“ mit den Akteuren der Finanzmärkte durchsetzen.

Das muss uns weiterhin aufs höchste beunruhigen!

Kolleginnen und Kollegen,

mittlerweile befindet sich die EU darüber hinaus in einer schwerwiegenden Identitätskrise: Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus nehmen zu. Was da der ein oder andere Politiker in den letzten Wochen verzapft hat, ist unverantwortlich und teilweise sogar menschenverachtend. Ich hätte nicht gedacht, dass es soweit kommen kann.

Wir werden das nicht länger hinnehmen. Die IG Metall entwickelt derzeit eine europapolitische Positionierung, die den Arbeitnehmer in den Mittelpunkt rückt.

Europa muss sich endlich den Beschäftigten zuwenden. Die sozialen und wirtschaftlichen Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Politik der EU vor allem die Interessen von Unternehmen und Lobbyisten bedient. Viele empfinden daher die Politik der Europäischen Union als Bedrohung empfunden. Die Attraktivität des „europäischen Projektes“ leidet unter einer deutlichen sozialen Schiefelage!

Aus unserer Sicht ergibt sich für die EU eine doppelte Herausforderung: Es geht zum einen um kurzfristige Krisenbewältigung. Zum andern braucht es mittelfristig grundlegende institutionelle Reformen in Richtung einer politischen und sozialen Union Europas, die auf demokratischen Regeln basiert und mit der sich die Menschen Europas identifizieren können.

Auch wenn das wie die Quadratur des Kreises klingt, ist das die einzige Alternative. Wir müssen entscheiden: Europa oder Chaos!

Kolleginnen und Kollegen,

- Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und beteiligungsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik.

- Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung.
- Die Europäische Union muss sozialer werden.
- Die Europäische Union muss eine Fiskalunion werden.
- Die Europäische Union braucht die Politische Union.

Auch in Europa hängt eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung von einer Industriepolitik der EU in Richtung nachhaltigen und ökologischen Umbau ab. Die Sparpolitik ist nicht geeignet, die Probleme und ihre negativen Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten zu beseitigen. Mehr noch: Die Sparpolitik verschärft Krise und Belastung der Arbeitnehmer!

Notwendig ist deshalb eine Kombination von Sparmaßnahmen mit gezielten Wachstumsprogrammen. Erforderlich sind gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur. Nur so kann die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig gesichert und ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie in Europa müssen dringend verbessert werden. Banken müssen der Realwirtschaft dienen! Die gesellschaftliche Aufgabe von Banken besteht in der Sicherstellung der Finanzierung von Unternehmen! Und nicht in der Spekulation mit hochriskanten und undurchsichtigen Finanzprodukten!

Wir fordern eine weitreichende Regulierung der europäischen Finanzmärkte. Das umfasst ausdrücklich eine Finanztransaktionssteuer mit dem Ziel, hochspekulative Finanzgeschäfte unattraktiv zu machen.

Wir fordern darüber hinaus ein System getrennter Banken. Traditionelles Bankgeschäft und Investmentbanking sind strikt voneinander zu separieren, um die systemischen Risiken durch Fehlinvestitionen der Universalbanken zu minimieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um es klar zu sagen: Die IG Metall tritt ausdrücklich für den Fortbestand des Euros ein. Wir halten es für nötig, eine solidarische Finanzierung der Defizitländer – Hand in Hand mit der strengen gemeinschaftlichen Kontrolle über nationale Haushalte – langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko für einzelne Länder zu vermindern. So kommen die Länder schneller aus der Krise.

Die Kehrseite der Medaille ist weniger schön: Auf weniger verschuldete Länder wie Deutschland kommen höhere Kosten zu. Aber diese Kosten sind immer noch niedriger als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie! Denn unsere Industrie ist trotz aller Globalisierung vor allem in Europa verflochten.

Eine Rückkehr zu einer nationalen deutschen Währung wäre eine Katastrophe für Industrie und Beschäftigte. Diese Währung würde massiven Aufwertungen unterliegen, was deutsche Exporte extrem verteuern würde.

III. Arbeitsmarkt: Kampagne „Arbeit –sicher und fair“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen in Europa und Deutschland eine wettbewerbsfähige Industrie. Aber auch hier müssen wir wachsam sein!

Auf die fortschreitende Internationalisierung der Produktion antworten die meisten Unternehmen recht kurzatmig mit neuen Rationalisierungsmaßnahmen und verfeinerten Flexibilisierungsmechanismen.

Man kann es nicht oft genug sagen: Wer sich nicht mit permanenten Innovationen in den neuen Wertschöpfungsketten und Märkten zu behauptet,

der wird diese Versäumnisse niemals mit Lohndumping und verschlechterte Arbeitsbedingungen ausgleichen!

Ihr wisst, dass die IG Metall schon lange der Deregulierung des Arbeitsmarkts den Kampf angesagt hat.

Viele Weichenstellungen der Politik haben Arbeit entwertet und Menschen Würde genommen. Die Ergebnisse heute:

- Die Leiharbeit ist dereguliert.
- Die Rente mit 67 eingeführt.
- Die Zumutbarkeitskriterien sind verschärft.
- Minijobs gänzlich freigegeben.

Die Zahl der atypisch Beschäftigten nahm rasant zu. Heute ist jeder Dritte atypisch beschäftigt, die Zahl der Leiharbeiter stieg von etwa 300.000 im Jahre 2000 auf fast 1 Million im Jahr 2012.

In wenigen Jahren wuchs der Niedriglohnsektor rasant an und liegt mittlerweile bei 24 Prozent aller Beschäftigten. Die Bundesagentur für Arbeit registriert ca. 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigter.

Arbeitsarmut breitete sich aus. Heute werden jährlich über 700 Millionen Euro an Aufstocker-Beiträgen für Leiharbeitnehmer bezahlt, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können.

Kurzum: Arbeit droht zur Ramschware zu verkommen.

Kolleginnen und Kollegen,

viele empirische Studien belegen zudem deutlich, wie die Intensivierung und Entgrenzung von Arbeit und der daraus resultierende Stress zum Raubbau an der Gesundheit führen.

Psychische Erschöpfung und Gesundheitsverschleiß sind die Konsequenzen verschlechterter Arbeitsbedingungen. Das hat das Statistische Bundesamt vor kurzem im Bericht „Qualität der Arbeit 2012“ dokumentiert.

Wer wundert sich da noch, dass in einer solchen Arbeitsgesellschaft, die zudem noch vom Wachstum atypischer Beschäftigung geprägt wird, die Arbeitszufriedenheit abnimmt?

Kolleginnen und Kollegen,

die Tendenz zur Entwertung von Arbeit muss endlich gestoppt werden. Die Ausweitung des prekären- und Niedriglohnsektors ist ein tiefer Bruch in unserer Arbeitskultur. Den dürfen wir nicht hinnehmen. Und den werden wir nicht hinnehmen.

Wir haben daher die Kampagne „Arbeit – sicher und fair“ gestartet, in der wir das gesamte Erwerbsleben in den Blick nehmen.

Drei Themen stellen wir in den Vordergrund:

1. Die jungen Menschen brauchen einen guten Einstieg ins Berufsleben – sie brauchen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.
2. Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel heißt:
Arbeit: Sicher und Fair!
3. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, gut in Rente kommen und dann auch ein gutes Leben führen können! Wir wollen den flexiblen Ausstieg – und nicht die Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr wisst: Kampagne heißt für uns mehr, als schöne Plakate, Broschüren und Tassen zu machen, mit denen wir die Politik auffordern, dieses oder jenes zu regeln.

Natürlich gehört das auch zur Kampagnenarbeit. Für uns ist es aber viel wichtiger, dass wir für die Dinge, die wir kritisieren, selbst Lösungswege anbieten. Und das können wir natürlich am Besten in unseren ureigenen Handlungsfeldern, in der Betriebs- und Tarifpolitik.

Das sichtbarste Beispiel für die Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt ist die Leiharbeit. Darum haben wir die Leiharbeit thematisiert. Und es ist uns gelungen, sie zu dem arbeitsmarktpolitischen Thema der Republik zu machen.

Weil wir mit der Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ auf diesen Missbrauch aufmerksam gemacht haben! Und diesen Skandal klar benannt haben! Aber dabei haben wir es nicht belassen.

Zunächst waren wir auf betrieblicher Ebene aktiv. Wir haben über 1.200 Besser-Vereinbarungen in Betrieben erreicht. Jetzt haben wir Leiharbeit tariflich geregelt. Auf das, was wir hier erreicht haben, können wir alle gemeinsam stolz sein!

Klar: Wir konnten tariflich nicht alles durchsetzen, was wir für richtig halten. Gleiche Rechte und gleiches Geld für gleiche Arbeit ist das noch nicht.

Deshalb bleibt auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Sie muss endlich mit gesetzlichen Regulierungen nachlegen. „Heuern und Feuern“ muss auch für Leiharbeit verboten werden. Darum muss das Synchronisationsverbot wieder eingeführt werden. Außerdem brauchen wir die Einführung einer Höchstverleihzeit, um den Abbau von Stamm-Arbeitsplätzen zu verhindern. Und schließlich muss der Grundsatz des „Equal-Pay“ festgeschrieben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

trotz unseres Erfolgs bei der Leiharbeit beobachten wir mit zunehmender Sorge, dass bedeutende Teile der Wertschöpfung nicht mehr von den Struktur bestimmenden Unternehmen selbst erbracht werden.

Durch Outsourcing von direkten und indirekten Tätigkeiten werden vermeintliche Kostensenkungsstrategien umgesetzt, die die Wertschöpfungsketten umorganisieren und zu gravierenden Veränderungen in der betrieblichen Realität führen.

So ist es in vielen Betrieben Realität, dass morgens 10.000 Menschen durchs Werkstor gehen, aber nur noch gut die Hälfte beim ursprünglichen Unternehmen beschäftigt ist.

Das dürfen und das werden wir nicht akzeptieren.

Wir wollen als IG Metall die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen gestalten. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Lohn, Gehalt und Arbeitsbedingungen erreichen. Das gilt für jeden und jede! Egal ob er in einem industriellen Kernbereich arbeitet – oder den neu entstandenen Bereichen.

Das Thema der Werkverträge muss angegangen werden.

Werkverträge werden zunehmend als strategisches Instrument der betrieblichen Beschäftigungspolitik eingesetzt. Sie werden genutzt, um bestehende Regulierungsmechanismen in der Leiharbeit zu umgehen,

- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten
- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

Das, Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht zulassen!

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt hat erst begonnen.

Kolleginnen und Kollegen,

zu fairer und guter Arbeit gehört für mich auch das Thema: Wie kommen wir gesund in Rente und können dann sorgenfrei leben?

Seit Beginn dieses Jahres wird die Regelaltersgrenze jährlich angehoben. Ab 2029 gilt die Rente mit 67. Das ist und bleibt die gravierendste sozialpolitische Fehlentscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis 67 arbeiten können.

Damit ist die Rente mit 67 nichts anderes als gesetzlich fixierte Altersarmut! Denn wer mit 60 oder 63 raus muss, weil er nicht mehr kann – der muss mit enorme Rentenabschlägen rechnen.

Kolleginnen und Kollegen,

darum bleiben wir bei unserem Nein zur Rente mit 67.

Da aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine Abschaffung der Rente mit 67 nicht wahrscheinlich ist, sind wir auch gefordert, andere Wege zu gehen.

Das heißt: Wenn Politik und Arbeitgeber die Rente mit 67 wollen, dann müssen sie mindestens auch dafür sorgen, dass die Leute bis dahin auch arbeiten können. Darauf hinzuwirken, das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig. Denn sonst würden wir bewusst Altersarmut von vielen Menschen in Kauf nehmen.

Darum wollen wir dieses Thema nun auch verstärkt im Betrieb angehen. Arbeitsplätze müssen alters- und alternsgerecht gestaltet werden.

Zumindest zwei Fragen müssen beantwortet werden:

Was passiert mit Menschen, die bis 67 arbeiten wollen aber nicht können?
Wie können sie aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne arm zu werden?

Es muss Entlastung geschaffen werden. Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro. Wir werden die Arbeitgeber in Verantwortung nehmen. Und fordern von der Politik, sich ihrer Verantwortung für flexible und faire Ausstiegsoptionen zu stellen. Das wird ein wichtiges Thema spätestens im kommenden Bundestagswahlkampf werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die junge Generation leidet unter der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Ihre Zukunftsperspektiven sind unsicher wie selten.

Natürlich ist Deutschland nicht Spanien, wo 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind. Bei uns sind es zum Glück bei den jungen Leuten bis 24 Jahren nur 6,3 Prozent.

Aber auch bei uns ist für die Jugend längst nicht alles in Ordnung.

- Jeder Dritte unter 35 hatte noch nie in seinem Leben einen festen Arbeitsvertrag.
- Rund 49 Prozent der unter 25-jährigen arbeiten im Niedriglohnbereich.
- In den letzten 15 Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 20-25-jährigen um knapp 16 Prozent gesunken ist.
- Von 2000 bis 2010 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei den unter 25-jährigen um 13 Prozent reduziert. Das sind rund 500 000 Stellen.

Darauf lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen.

Darum haben wir - ähnlich wie bei der Leiharbeit – ein Thema ins Zentrum der IG Metall gerückt, das insbesondere den jungen Menschen unter den Nägeln brennt: die Übernahme nach der Ausbildung. Es ist uns gelungen, die

unbefristete Übernahme im Grundsatz in der Metall- und Elektronikindustrie im Tarifvertrag festzuschreiben. Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Perspektive für junge Menschen.

Wir brauchen aber noch sehr viel mehr. Die Politik muss die Themen der jungen Generation endlich auf die Tagesordnung setzen. Es muss massiv in ihre Zukunft investiert werden. In Bildung, Wissenschaft, Kinderbetreuung, soziale Sicherheitssystem, neue Ordnung am Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung – wichtige Themen, die die Jungen für ein gutes Leben brauchen.

Aber auch wir sind gefordert. Wir müssen in unserer Betriebs- und Tarifpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr thematisieren. Nur in 10 Prozent der von uns betreuten Betriebe gibt es hierzu eine Vereinbarung. Darum wollen wir im Rahmen der Kampagne gemeinsam mit den Beschäftigten betriebs- und alltagsnahe Lösungen entwickeln, die einen Beitrag zu einer familienfreundlicheren Unternehmenskultur leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seht schon: Wir haben viele große Baustellen – Europa, eine mögliche Konjunkturflaute und den Arbeitsmarkt.

Aber wir wissen, was wir können! Und wir haben es in den letzten Jahren immer wieder unter Beweis gestellt.

Bitte unterstützt in den kommenden insbesondere die Kampagne „Arbeit – sicher und fair“. Im Hinblick auf die Bundestagswahl wollen wir klar machen, dass der Arbeitsmarkt wieder eine vernünftige Ordnung braucht.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!